WIRTSCHAFTSJUNIOREN
DEUTSCHLAND

DIE JUNGE WIRTSCHAFT
POLITISCHE POSITIONEN 2016

INHALT

Wirtschaftsjunioren Deutschland – Die Stimme der Jungen Wirtschaft 4
Konjunktur 6
Wettbewerbsfähigkeit 8
Arbeitsmarkt 10
Fachkräfte 12
Integration von Flüchtlingen 14
Europa 16
Beruf und Familie 18
Unternehmensgründung und Nachfolge 20
Innovationen 22
Digitalisierung 24
Generationengerechtigkeit 26
Faire Bildungschancen 28

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn ich an die Gründung meines Unternehmens im Jahr 2007 denke, dann erinnere ich mich an meinen unternehmerischen Ehrgeiz, den Wunsch, meine Geschäftsidee umzusetzen und mich am Markt zu behaupten. Dann fallen mir aber auch all die administrativen Hürden ein, die es zu überwinden galt. Dabei haben die Behördengänge nicht nur viel Zeit gekostet, sondern haben mich auch davon abgehalten, Geld zu verdienen. Ich habe Ausdauer gehabt, um meine Geschäftsidee umzusetzen. Viele haben nicht diese Geduld. So sinkt seit Jahren die Zahl der Selbständigen in Deutschland und zu viele deutsche Gründer bevorzugen inzwischen Gründungen direkt in den USA.

Aber natürlich basieren die politischen Positionen, die Sie in den Händen halten, nicht nur auf meinen Erfahrungen. Sie sind vielmehr das Ergebnis eines Beteiligungsverfahrens unter den Wirtschaftsjunioren Deutschland – das sind mehr als 10.000 junge Unternehmer und Führungskräfte. Wir sind als größtes Netzwerk junger Wirtschaft in Deutschland mit 214 Mitgliedskreisen vor Ort präsent, aber auch global vernetzt. Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder gegenüber der Politik, um die Rahmenbedingungen in Deutschland so zu gestalten, dass auch zukünftige Generationen erfolgreich wirtschaften und arbeiten können. Im Gegensatz zu anderen Verbänden zeichnen wir uns aber nicht nur durch Interessenvertretung aus, sondern auch durch ehrenamtliches Engagement. Wir unterrichten Wirtschaft, beraten Gründer und helfen benachteiligten Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Wir sorgen mit unseren Projekten für mehr Zusammenhalt und Lebensqualität sowie für innovatives Unternehmertum und einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland.

Unsere politischen Positionen basieren auf unseren Erfahrungen als Unternehmer und Führungskräfte sowie unserer ehrenamtlichen Projektarbeit. Es sind konkrete Vorschläge zur Stärkung der jungen Wirtschaft in Deutschland. Die politischen Positionen beschreiben Rahmenbedingungen, die es mehr Menschen ermöglicht, ihre Geschäftsidee umzusetzen und ihren Traum von der Selbständigkeit zu leben. Deswegen lautet unser Motto in diesem Jahr:

Start-up your future!

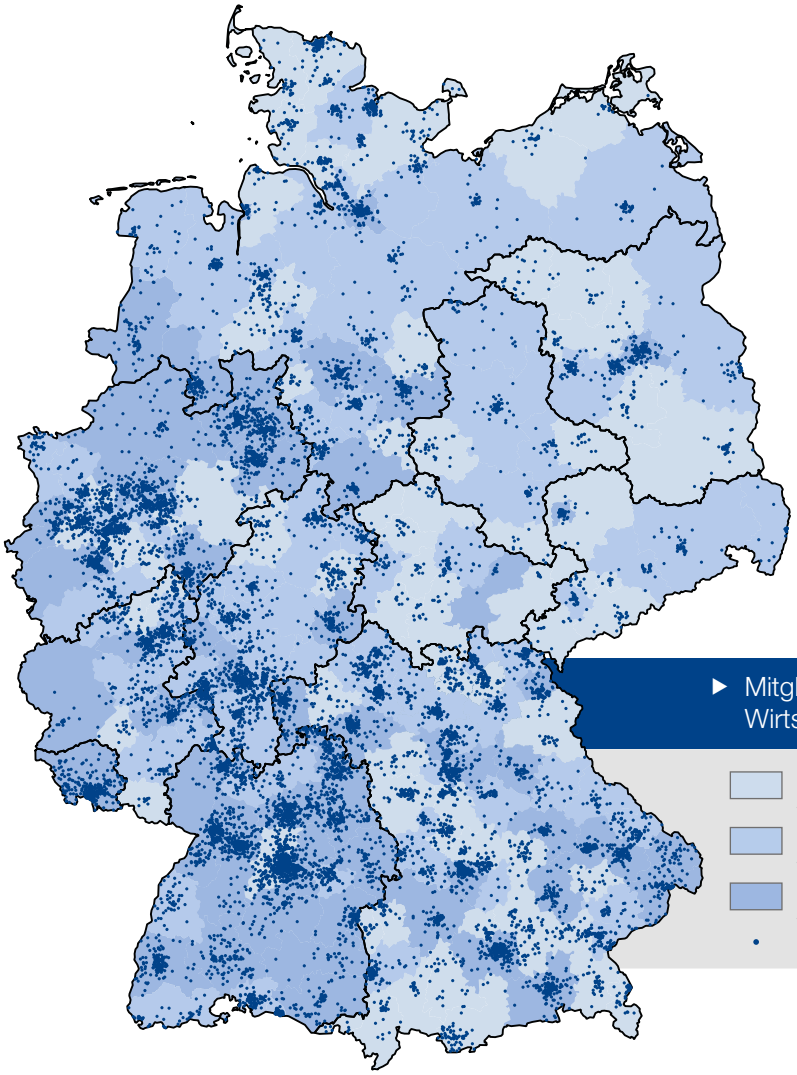
Herzlichst

Ihr

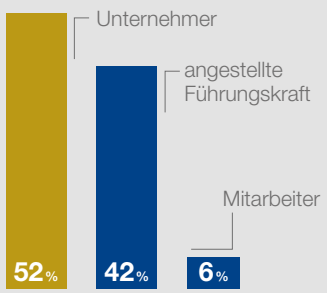
Horst Wenske

Bundesvorsitzender der Wirtschaftsjunioren Deutschland

WIRTSCHAFTSJUNIOREN DEUTSCHLAND – DIE STIMME DER JUNGEN WIRTSCHAFT



▶ Welche Funktion haben Sie in Ihrem Unternehmen?

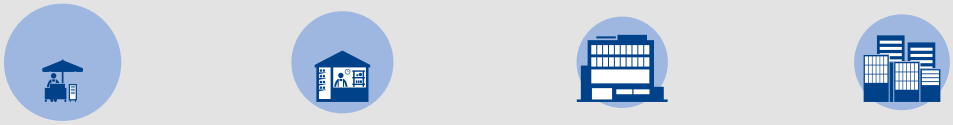


▶ Mitglieder der Wirtschaftsjunioren

- bis 25 Mitglieder je Kreis
- 26 bis 50 Mitglieder je Kreis
- mehr als 50 Mitglieder je Kreis
- WJD-Mitglieder

▶ Welches Geschlecht haben Sie?
▶ Haben Sie Kinder?

▶ Wie viele Mitarbeiter hat Ihr Unternehmen?
▶ Wie hoch war der Jahresumsatz Ihres Unternehmens im Jahr 2014?



Kleinstunternehmen	Kleine Unternehmen	Mittlere Unternehmen	Große Unternehmen
< 10 Mitarbeiter	< 50 Mitarbeiter	< 250 Mitarbeiter	> 250 Mitarbeiter
< 2 Millionen € Umsatz	< 10 Millionen € Umsatz	< 50 Millionen € Umsatz	> 50 Millionen € Umsatz
33 %	25 %	20 %	22 %

WIRTSCHAFTSJUNIOREN DEUTSCHLAND

Unsere Mitglieder sind jung – **im Durchschnitt 35 Jahre**. Sie sind Führungskräfte und Unternehmer, erfolgreich in allen Branchen der Wirtschaft wie dem Dienstleistungssektor, dem Handel und der Industrie. Unsere Mitglieder repräsentieren alle Unternehmensgrößen – vom Kleinstunternehmen bis zum Konzern. Zusammen verantworten wir Wirtschaftsjunioren rund **300.000 Arbeitsplätze, 40.000 Ausbildungsplätze und mehr als 120 Milliarden Euro Umsatz**. Zusammen sind wir die Stimme der jungen Wirtschaft. Und die erheben wir, um den Standort Deutschland weiterzuentwickeln und um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dafür denken wir weiter – nicht nur bis zum nächsten Jahresabschluss.

Bei unseren Prinzipien setzen wir auf bewährte **Tugenden wie Verantwortungsbewusstsein, Integrität und Ehrbarkeit**. Wie unsere Werte basieren auch unsere Positionen auf praktischen Erfahrungen im Unternehmen. Gesellschaftliche Veränderungen spüren wir hier als erste. So ist die bessere Integration von Flüchtlingen eines unserer zentralen Anliegen in 2016.

Unsere Schwerpunktthemen 2016 auf einen Blick

Wir fordern

Bessere Rahmenbedingungen für Unternehmensgründung und Nachfolge durch

- Eigenständiges Schulfach Wirtschaft
- Austausch zwischen Schulen, Hochschulen und Wirtschaft
- Alle Informationen für Gründer aus einer Hand
- Befreiung der Existenzgründer von der Pflicht zur monatlichen Umsatzsteuervoranmeldung
- Grundsätzlich formlose Überschussermittlung durch Kleinunternehmer
- Vollständige Abschaffung der Erbschaftsteuer

Bessere Rahmenbedingungen für die Digitalisierung der Wirtschaft durch

- Netzneutralität
- Engagierteren Breitbandausbau
- Stärkere Berücksichtigung der Digitalökonomie im BWL-Studium
- Gemeinsame Rechtsentwicklung für die Industrie 4.0 auf europäischer Ebene
- Anpassungen der EU-Datenschutz-Verordnung

Bessere Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt durch

- Schnelle und unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen
- Vollständige Abschaffung der Vorrangprüfung
- Deutschkurse für alle Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive
- Einführung eines Qualifizierungsjahrs
- Unkomplizierter Wechsel aus dem Asyl- in ein Migrationsverfahren

Wir sind die Stimme der jungen Wirtschaft!

▶ Welcher Branche kann Ihr Unternehmen zugeordnet werden?

Dienstleistungen
20 %

freie Berufe, Wissenschaft, Technik
19 %

Industrie
13 %

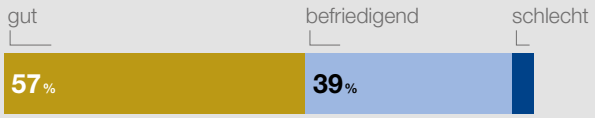
Handel
12 %

Finanzen und Versicherungen
11 %

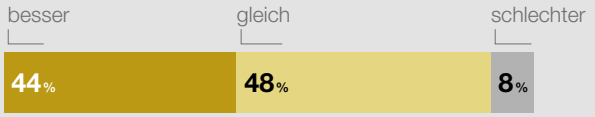
Information und Kommunikation
10 %

KONJUNKTUR

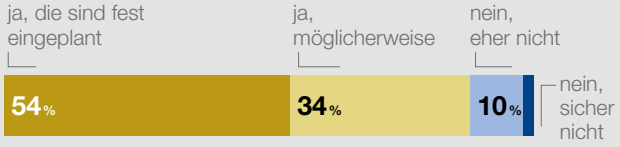
▶ Wie beurteilen Sie die derzeitige Geschäftslage Ihres Unternehmens?



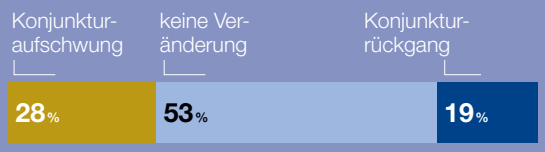
▶ Wie wird Ihrer Einschätzung nach die Geschäftslage Ihres Unternehmens in sechs Monaten aussehen?



▶ Plant Ihr Unternehmen, im Jahr 2016 Investitionen zu tätigen?



▶ Welche Entwicklung der deutschen Wirtschaft erwarten Sie in den nächsten zwölf Monaten?



Die junge Wirtschaft blickt mit Zuversicht in die Zukunft. 28 Prozent der befragten Unternehmer und Führungskräfte unter 40 Jahren erwarten einen Konjunkturaufschwung. 53 Prozent erwarten keine Veränderung in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Nur 19 Prozent rechnen mit einem Konjunkturrückgang. Neben der gesamtwirtschaftlichen Lage bewerten die Wirtschaftsjunioren auch die Perspektiven ihres Unternehmens als positiv. **Mit 57 Prozent beurteilt mehr als die Hälfte der Wirtschaftsjunioren die Lage ihres Unternehmens als gut.** 39 Prozent sehen die Geschäftslage als befriedigend und nur 4 Prozent als schlecht. Diese Erwartungshaltung beruht nicht nur auf Optimismus, sondern auch auf einer im Vergleich zum Vorjahresmonat besseren Geschäftslage. So hat sich bei 46 Prozent der Befragten die Geschäftslage verbessert.

Der Erfolg der jungen Wirtschaft in 2015 und die positiven Erwartungen für 2016 beruhen auf einer Bündelung von Sonderfaktoren wie dem niedrigen Ölpreis, einem schwachen Euro und günstigen Verbraucherkrediten. Ein Andauern dieser Konstellation ist unsicher. Die richtigen Weichenstellungen in 2015 hätten der positiven Entwicklung der jungen Wirtschaft Deutschlands ein stabiles Fundament geben können. Jedoch hat die Politik zum Beispiel noch immer keine angemessenen Antworten auf Zukunftsthemen wie die Digitalisierung der Wirtschaft gefunden. In 2015 gab es keine nennenswerten Reformen, keine Debatten darüber, wie Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit stärken kann. Die Krisen, bei deren Bewältigung Deutschland mit anpackt, sind keine Entschuldigung für wirtschaftspolitische Tatenlosigkeit. Auch fehlen erfolgversprechende Strategien, wie trotz der Alterung der Gesellschaft der Fachkräftenachwuchs gesichert werden kann.

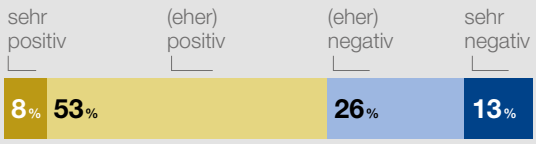
Die junge Wirtschaft ist erfolgreich trotz der politischen Rahmenbedingungen, nicht wegen dieser.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

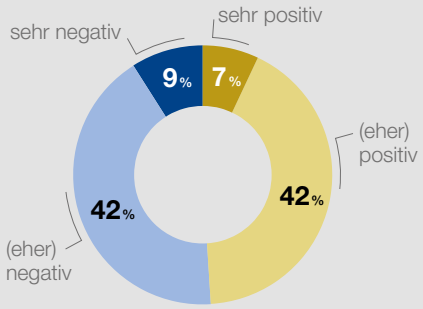
Worum es geht:

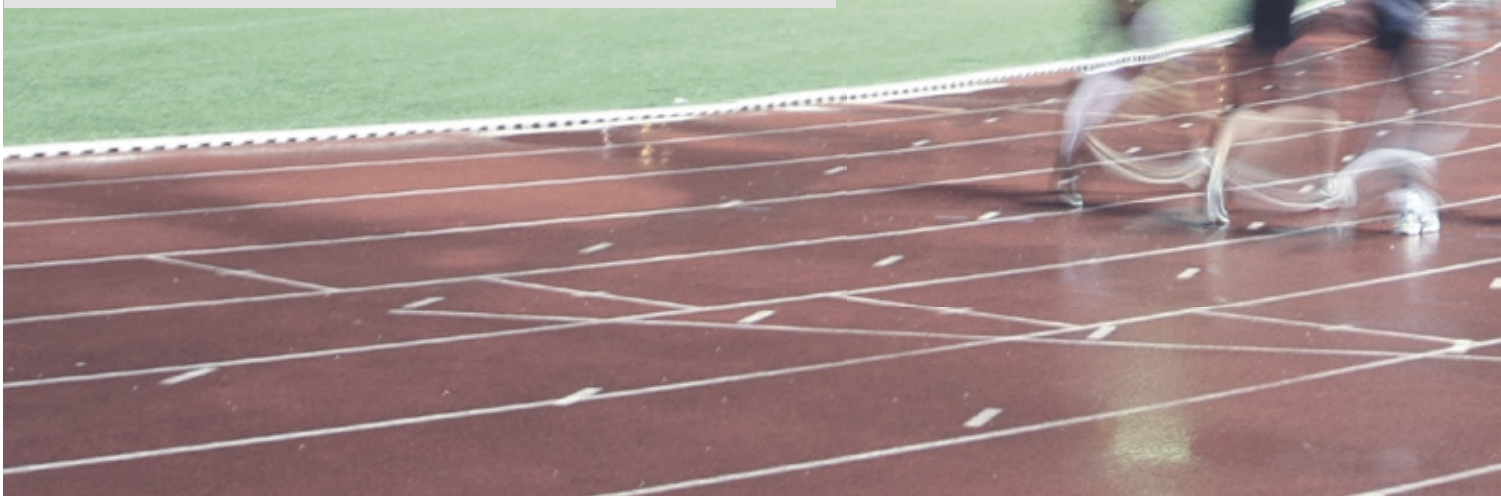
Ob als Unternehmer oder als Führungskraft – wir Wirtschaftsjunioren Deutschland stehen im stetigen Wettbewerb um Aufträge und Gewinne. Als junge Wirtschaft stellen wir uns diesem Wettbewerb, weil wir unsere Unternehmen konkurrenzfähig machen und am Markt behaupten. Nichts anderes erwarten wir von der Politik. Sie muss Rahmenbedingungen schaffen, die für Unternehmen und Gründer attraktiv sind, attraktiver als die unserer Wettbewerber.

▶ Wie wirken sich Abschlüsse von Freihandelsabkommen durch die EU auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aus?



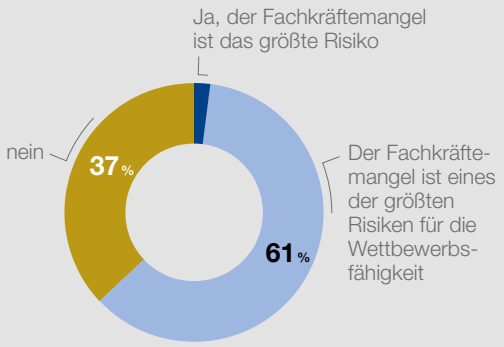
▶ Wie bewerten Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft?





WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

▶ Sehen Sie im Fachkräftemangel das größte Risiko für eine Minderung der Wettbewerbsfähigkeit?



▶ Wie schätzen Sie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Moment ein?

Was wir fordern:

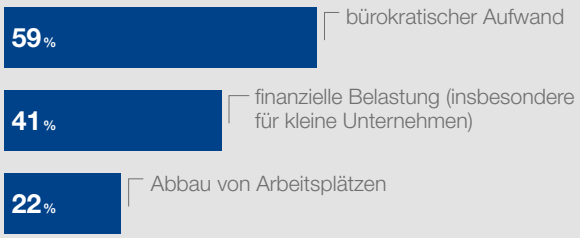
- Marode Straßen, Brücken, Schienenwege und Schleusen – der Zustand der Infrastruktur in Deutschland wird den Ansprüchen einer führenden Industrienation nicht mehr gerecht. Seit mehreren Jahren zehrt Deutschland von der Substanz seiner Infrastruktur und setzt immer mehr auf Verschleiß. Als junge Wirtschaft fordern wir eine **moderne Infrastruktur**, denn sie ist zentral für unsere Wettbewerbsfähigkeit.
- Wir setzen uns für **mehr unternehmerische Freiheit und weniger Bürokratie** ein. Ein erster Schritt bei der Verringerung bürokratischer Hemmnisse wäre die Zurückverlegung des Stichtags für die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge. Daneben lehnen wir die Schaffung neuer Bürokratie ab, wie zum Beispiel CSR-Berichtspflichten für Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten. Unter keinen Umständen dürfen kleinen und mittleren Unternehmen CSR-Berichtspflichten auferlegt werden.
- Es kann nicht sein, dass Unternehmen ihre Steuern nur bezahlen können, wenn sie dazu ihr Eigenkapital angreifen. Deshalb fordern wir als junge Wirtschaft neben einer Entlastung von Unternehmen durch Steuervereinfachungen auch die **Beseitigung von Substanz besteuernden Elementen** wie Mieten, Zinsen und Leasing-Raten.
- Wie viel Steuern ein Unternehmen zahlt, darf nicht von der Rechtsform abhängen. Wir fordern eine **rechtsformneutrale Steuer**, die nur im Rahmen einer grundsätzlichen Steuerreform möglich ist. Bei der Einführung einer rechtsformneutralen Unternehmensbesteuerung sollten Unternehmen gleichzeitig von unnötiger Bürokratie befreit werden. Steuererhöhungen lehnen wir ab, denn sie verringern die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.
- Kleine und mittlere Unternehmen leiden besonders stark unter Handelshemmnissen wie zum Beispiel der Einhaltung unterschiedlicher technischer Regulierungen. Wir fordern deshalb **weitere Abschlüsse von Freihandelsabkommen** wie TTIP durch die Europäische Union. Dabei müssen die Chancen der weitgehenden Abschaffung von Marktzutrittsbarrieren für unsere Volkswirtschaft besser vermittelt werden.
- Die hohen Energiepreise sind ein Risiko für Konjunktur und Wachstum und gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Als junge Wirtschaft fordern wir deshalb, die Heranführung erneuerbarer Energien an den Markt zu intensivieren. Grundsätzliches Ziel muss dabei sein, **die staatlichen Zusatzbelastungen für Unternehmen aber auch Verbraucher zu reduzieren** sowie die verschiedenen Instrumente effizient und gerecht aufeinander abzustimmen.

ARBEITSMARKT

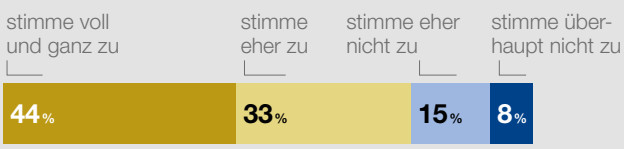
Worum es geht:

Als junge Wirtschaft sehen wir uns in der Tradition des ehrbaren Kaufmanns, der zum Wohlstand unserer Gesellschaft beiträgt und der Beschäftigte mit Anstand behandelt. Wir fordern das Vertrauen der Politik in die Redlichkeit der Unternehmer und Führungskräfte. Ein positives Unternehmerbild und Vertrauen in die Wirtschaft sind wichtige Voraussetzungen für ein gutes gesellschaftliches Klima, für Leistungsbereitschaft und eine starke Wirtschaft.

▶ Mit welchen negativen Folgen des Mindestlohns sollte sich die Politik befassen?



▶ Konsequenzen der Einführung einer Frauenquote: In bestimmten Branchen wird die Gefahr bestehen, Stellen nicht besetzen zu können, weil es keine geeigneten Bewerbungen von Frauen gibt.



▶ Einstellende Unternehmen sollten sich an der Eignung der Bewerber und nicht an deren Geschlecht orientieren.

Was wir fordern:

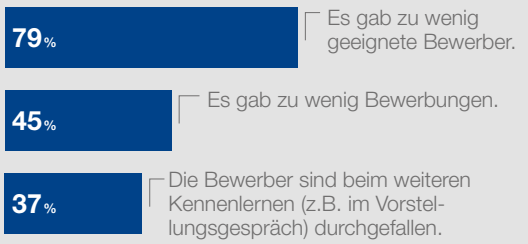
- Der am 1. Januar 2015 eingeführte Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro hat die Tarifautonomie geschwächt und die Schattenwirtschaft gestärkt. Für Arbeitgeber geht der Mindestlohn mit immensen Bürokratiekosten einher. Für Arbeitsuchende mit Vermittlungshemmnissen ist der Mindestlohn eine erhebliche Barriere beim Einstieg in Arbeit. Der Mindestlohn hat Arbeitsplätze mit einfachem Tätigkeitsspektrum und geringer Produktivität unrentabel gemacht – mit gravierenden Folgen für gerade die Schwächsten am Arbeitsmarkt. Als junge Wirtschaft fordern wir daher die **Abschaffung des Mindestlohns**.
- Leiharbeit und Werkverträge sind zwei der wenigen verbliebenen Instrumente, mit denen Unternehmer flexibel auf Marktschwankungen reagieren können. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen wären durch die weitere Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen betroffen. Ihnen fehlt meist die Möglichkeit, Beschäftigte zum Beispiel bei ausbleibenden Aufträgen in anderen profitablen Unternehmensteilen einzusetzen. Daher stellen wir uns als junge Wirtschaft **gegen jede weitere Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen**.
- Zu den Aufgaben eines Unternehmers kann es auch gehören, sich von Beschäftigten zu trennen, um das Unternehmen mit den verbliebenen Mitarbeitern weiter zu führen. Das Kündigungsschutzgesetz stellt hierfür Hürden auf, die für die meisten Unternehmen nicht praktikabel sind. Als junge Wirtschaft fordern wir Rahmenbedingungen, die den Realitäten von jungen Gründern und kleinen Unternehmen Rechnung tragen: **Unternehmen mit bis zu 15 Mitarbeitern sollten nicht dem Kündigungsschutz unterliegen**.
- Als junge Wirtschaft stehen wir für eine moderne Arbeitswelt, in der Frauen gleichberechtigte Chancen haben. Wir sehen Frauen als selbstbewusste Wettbewerber am Arbeitsmarkt, die nicht auf die von 2016 an geltende Quotenregelung für bestimmte Aufsichtsräte angewiesen sind. Wir **lehnen die Frauenquote ab**. Stattdessen fordern wir die Politik auf, die wirklichen Ursachen von Ungleichbehandlung zu bekämpfen – zum Beispiel die Berufswahl von Frauen aus einem engen Berufsspektrum.
- Als junge Wirtschaft **lehnen wir die Pläne der Bundesregierung für ein Entgeltgleichheitsgesetz ab**. Nach diesem Gesetz müsste der Arbeitgeber bei Stellenausschreibungen das vorgesehene Mindestentgelt angeben. Außerdem sollen Unternehmen zu bürokratischen Stellenbewertungen verpflichtet werden. Staatliche Eingriffe in Lohnfindung und Lohnstruktur der Unternehmen lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir, die eigentlichen Gründe von Entgeltungleichheit anzugehen – zum Beispiel häufigere Erwerbsunterbrechungen von Frauen wegen unzureichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

FACHKRÄFTE

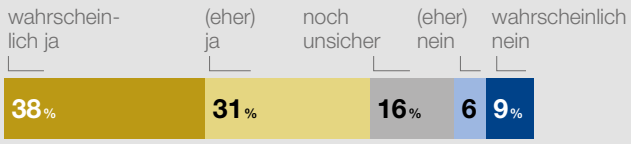
Worum es geht:

Besonders in kleinen und mittleren Unternehmen wird oft lange nach geeigneten Fachkräften gesucht oder bleiben Stellen unbesetzt. Die Politik muss geeignete Maßnahmen ergreifen, um bestehende Fachkräftelücken zu schließen und um eine mögliche Verschärfung des Fachkräftemangels zu vermeiden.

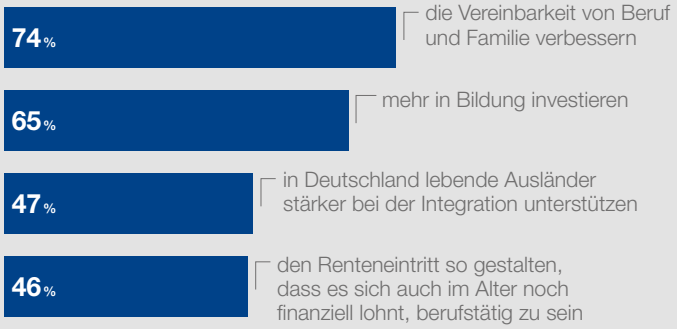
Warum hat Ihr Unternehmen im Jahr 2015 nicht alle Ausbildungsplätze besetzen können?

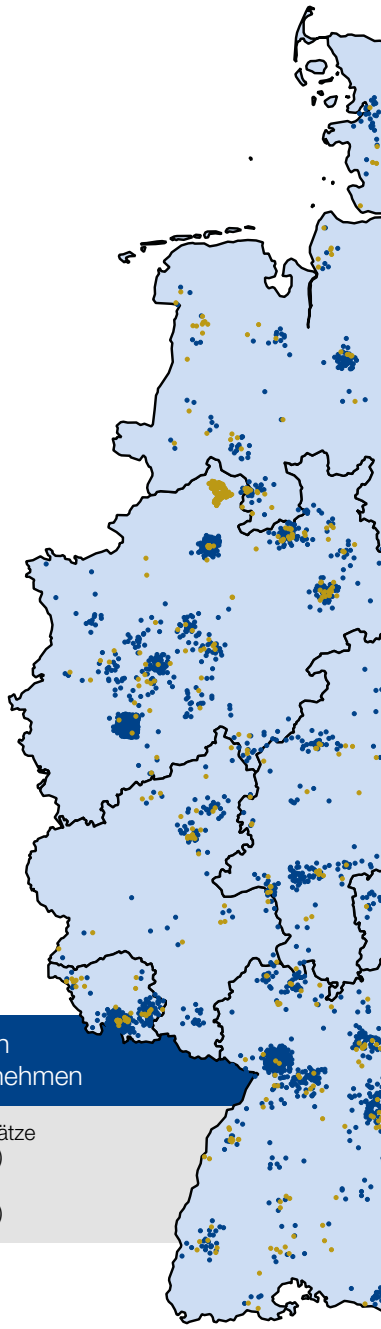


Wenn Sie Zugriff auf einen Pool mit internationalen Bewerbern hätten und von Ihnen ausgewählte Fachkräfte einen Aufenthaltstitel bekämen, würden Sie diesen Pool nutzen?



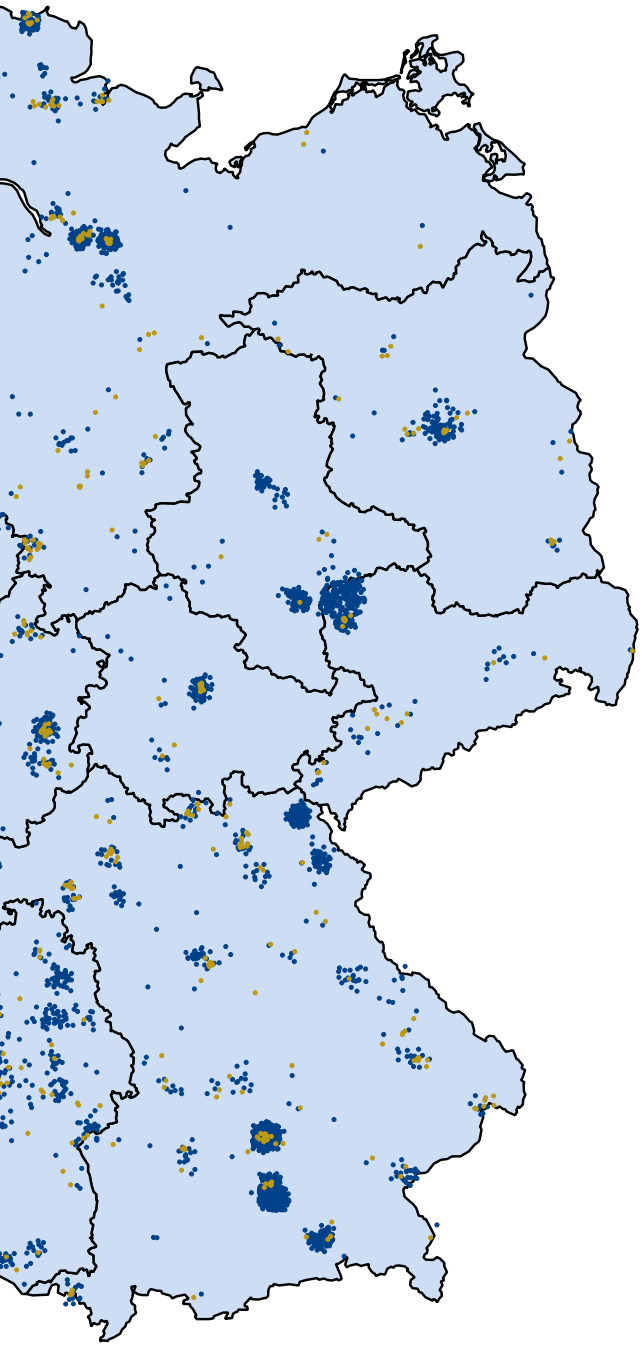
Was sollte die Bundesregierung tun, um die Fachkräftesituation zu verbessern?





offene Stellen in Mitgliedsunternehmen

- offene Ausbildungsplätze (gesamt etwa 35 000)
- offene Stellen (gesamt etwa 10 000)



Was wir fordern:

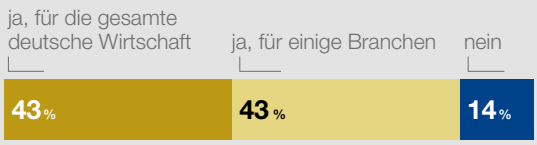
- Deutschland braucht gut ausgebildete Fachkräfte – sowohl mit dualer Ausbildung, als auch mit Studium. Wir warnen aber vor einer Über-Akademisierung, vorbei an den Bedürfnissen der Wirtschaft. Wir fordern daher **drei Pflichtpraktika während der Schulzeit**. Auch für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe sollte ein Praktikum in einem klassischen Ausbildungsberuf verpflichtend sein.
- Die Zahlen von Studienabbrechern sind erschreckend hoch. Ein Grund dafür ist der mangelnde Berufs- und Praxisbezug der Studienangebote. Als junge Wirtschaft fordern wir die **Einbeziehung der Wirtschaft bei der Erstellung der Curricula**. Außerdem fordern wir mehr Unterstützung der Hochschulen beim Wechsel von Studienabbrechern in eine berufliche Ausbildung.
- Der Bedarf an Fachkräften ist hoch. Hoch ist leider auch die Zahl der Personen ohne Berufsabschluss, was oft mit Arbeitslosigkeit einhergeht. Dabei müssen insbesondere junge Erwachsene ohne Abschluss in den Blick genommen werden. Attraktive Angebote wie zum Beispiel **Teilzeitausbildungen** können auch in späteren Jahren noch zu einem Berufsabschluss motivieren und sollten stärker beworben werden.
- Wir werden älter und arbeiten voraussichtlich bis ins hohe Alter. Gleichzeitig erneuert sich aber auch das Wissen in einer nie da gewesenen Geschwindigkeit. Als junge Wirtschaft stehen wir für lebenslanges Lernen und fordern bei Berufen mit geringer Halbwertszeit von Wissen die **schnellere Anpassung von Weiterbildungsinhalten an aktuelle Bedarfe**.
- Die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit in Deutschland liegt bei 37,7 Stunden. Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Fachkräftemangels **warnen wir vor der weiteren Reduzierung der tariflichen Wochenarbeitszeit**. Denn mit jeder weiteren Reduzierung wird die Fachkräftebasis der Wirtschaft verkleinert und der Fachkräftemangel verstärkt.
- Als junge Wirtschaft fordern wir nationale und europäische Regelungen über Zuwanderung. Vorbild eines modernen Einwanderungsgesetzes könnte das sogenannte **Express-Entry System** der kanadischen Einwanderungsbehörde sein. Herzstück dieses Systems ist ein Online-Bewerberpool, in den sich alle Auswanderungswilligen unverbindlich eintragen lassen können, wenn sie Mindestanforderungen wie Alter, Qualifikation und Sprachkenntnisse erfüllen. Die besten Bewerber werden vom Staat oder von Unternehmern anhand flexibler Kriterien aus dem Pool gezogen und offiziell eingeladen, sich für ein Einwanderungsvisum zu bewerben.
- Damit Deutschland im Wettbewerb um die klügsten Köpfe der Welt bestehen kann, muss die **Einwanderung ausländischer Fachkräfte** beworben werden. Zudem brauchen Unternehmen transparente Informationen dazu, was bei der Einladung von Bewerbern aus dem Ausland zu Vorstellungsgesprächen, Probearbeitszeiten oder Festanstellungen zu beachten ist.

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

Worum es geht:

Statt weiter über eine Willkommenskultur zu diskutieren, müssen wir endlich geeignete Strukturen für die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft schaffen. Dazu gehört nicht zuletzt auch ein erleichterter Zugang zum Arbeitsmarkt. Hier muss die Politik die Integrationsleistung der Wirtschaft stärker unterstützen.

Sind Asylsuchende potentielle Fachkräfte für die deutsche Wirtschaft?



Für welche Branchen der deutschen Wirtschaft sind Asylsuchende potentielle Fachkräfte?

Baugewerbe 87 %	Landwirtschaft 81 %	Industrie 77 %
Handel 63 %	Dienstleistungen 37 %	Information und Kommunikation 24 %
freie Berufe, Wissenschaft, Technik 19 %	Grundstücks- und Wohnungswesen 8 %	Finanzen und Versicherungen 4 %

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

Was wir fordern:

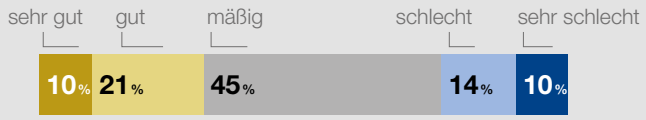
- Flüchtlinge brauchen schnell Klarheit, ob sie in Deutschland bleiben können. Die Zeitspanne von der Registrierung in Deutschland bis zur Entscheidung über den Asylantrag muss deutlich kürzer werden. **Neben dem Asylstatus müssen auch Qualifikationen frühzeitig geklärt werden**. Daher sollten sich Flüchtlinge bereits nach der Registrierung in Deutschland bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitssuchend melden können.
- Im Ausland erworbene **Qualifikationen müssen schnell und unbürokratisch in Deutschland anerkannt werden**. Teilanerkennungen für Segmente eines Berufs sowie individuelle Bildungspläne für den Weg zur Vollanerkennung müssen generell möglich sein. Nicht sinnvoll ist die Vorrangprüfung für Fachkräfte aus Deutschland oder den EU-Staaten gegenüber Flüchtlingen. Der bürokratische Aufwand dieser Regelung schreckt viele Unternehmer ab und erschwert dadurch die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. **Wir fordern die vollständige Abschaffung der Vorrangprüfung**.
- Um die Integration in Deutschland und die Chancen auf Beschäftigung zu verbessern, sollten **alle Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive Deutschkurse besuchen dürfen**. Schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen sollten Flüchtlingen erste Sprachkontakte angeboten werden. Aber nicht alle Flüchtlinge werden allein durch Sprachkurse für den Arbeitsmarkt qualifiziert. Daher fordern wir für arbeitssuchende Personen mit Bleiberecht und Bildungsbedarf unter Einbindung privater Träger ein **Qualifizierungsjahr**. Flüchtlinge mit gesuchten Qualifikationen sollten hingegen **unkompliziert aus dem Asyl- in ein Migrationsverfahren wechseln können**.
- Um die Chancen von Flüchtlingen auf einen Arbeitsplatz zu erhöhen, fordern wir **Ausnahmen vom Mindestlohn**, solange bis dieser komplett abgeschafft wurde. So sollten die derzeit geltenden Ausnahmen vom Mindestlohn für Langzeitarbeitslose auch für Flüchtlinge gelten. Damit würde der Lohn zum Beispiel gegebenenfalls fehlende Sprachkenntnisse oder eine längere Anlernphase abbilden.
- Ehrenamtliche Helfer übernehmen oft staatliche Aufgaben. Ihr Engagement muss daher gefördert werden. Wir fordern die mögliche **Geltendmachung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge bei der Steuererklärung**. Damit zeigt die Bundesregierung Respekt für den Einsatz der Bürger und ermutigt die Menschen auch weiterhin zu einer Willkommenskultur beizutragen.
- Deutschland wird die Flüchtlingskrise nicht alleine bewältigen können. Die Europäische Union ist in der Pflicht, rechtssichere Regelungen zu schaffen und einheitliche Standards für die Asylverfahren der Mitgliedstaaten festzulegen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der EU für eine **gesamteuropäische Lösung** einzusetzen.

EUROPA

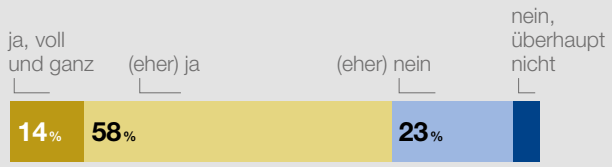
Worum es geht:

Für junge Menschen ist die Notwendigkeit Europas nicht immer offensichtlich. Sie kennen die Nachkriegszeit sowie die Zeit der Teilung Deutschlands und Europas meist nur aus Geschichtsbüchern. Zum anderen aber lebt die junge Generation noch nicht in einer Zeit, in der die Europäische Union unumstößlich ist, in der die Existenz der EU nicht mehr hinterfragt wird. Was also machen wir mit der jungen Generation von heute? Für die junge Wirtschaft gibt es nur eine Antwort: Wir müssen sie für Europa begeistern.

▶ Wie bewerten Sie die Bemühungen der EU, die Daten von Bürgern und Unternehmen zu schützen?



▶ Haben Sie Vertrauen in die Stabilität des Euro?



▶ Gehören folgende Gruppen eher zu den Gewinnern oder eher zu den Verlierern des Europäischen Integrationsprozesses?

Deutschland im Allgemeinen
79 %
21 %

die deutschen Arbeitnehmer
60 %
40 %

die deutschen Unternehmen
87 %
13 %

die deutschen Verbraucher
73 %
27 %

Was wir fordern:

- Wir fordern mehr **Austausch junger Menschen zwischen den Mitgliedstaaten**. So sollte jeder deutsche Schüler mindestens einmal an einem Austauschprogramm mit einer europäischen Partnerschule teilgenommen haben. Zudem sollten Auszubildende einen Auslandsaufenthalt in einem Unternehmen eines Mitgliedstaats der EU und Studierende ein Auslandssemester in der EU absolviert haben.
- Als junge Wirtschaft wünschen wir uns mehr Europa. Mit mehr Europa meinen wir aber nicht eine zentralistische Wirtschaftsregierung, sondern ein Europa unternehmerischer Möglichkeiten. Deshalb setzen wir uns für den **Abbau von Bürokratie** ein. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen ächzen unter bürokratischen Zwängen. Als junge Wirtschaft fordern wir daher für alle neuen EU-Regeln einen KMU-Test. Dieser untersucht Auswirkungen von EU-Regelungen auf die Geschäftstätigkeiten von KMU, wird bislang aber nur bei circa der Hälfte neuer Regeln angewendet.
- Altlasten aus der Finanzkrise, Unsicherheiten wegen der hohen Staatsverschuldung vieler Mitgliedsstaaten sowie Finanzmarktregulierungen engen den Spielraum der Finanzinstitute bei der Vergabe von Krediten ein. Auch für deutsche Unternehmen kommt es zu Einschränkungen bei der Vergabe langfristiger Kredite. Dies betrifft insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, für die der Finanzierungszugang ohnehin schwieriger ist als für Großunternehmen. Als junge Wirtschaft fordern wir die Schaffung von Rahmenbedingungen, die den **Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu langfristiger Finanzierung von Investitionen** ermöglichen.
- Die vorrangig an Landwirte gerichteten Zahlungen der Europäischen Union machen einen Großteil des EU-Haushalts aus. Für uns als junge Wirtschaft ist klar: **Die Subventionen im Agrarbereich müssen gekürzt werden**. Europa muss endlich anfangen, mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur – kurz in die Zukunft – zu investieren.
- Wir Wirtschaftsjunioren fühlen uns dem Leitbild des ehrbaren Kaufmanns verpflichtet. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Geld ist uns wichtig. Diesen Maßstab legen wir auch an die Europäische Union an und fordern ein **Ende der Schuldenpolitik in Europa**. Wir wollen, dass jeder die Verantwortung für die eigenen Staatsfinanzen behält und Europa gemeinsam darüber wacht, dass niemand das Wohl der Gemeinschaft gefährdet. Hilfen durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus müssen der letzte Ausweg bleiben und sollten nur gewährt werden, wenn als Gegenleistung klare und kontrollierbare Strukturreformen erfolgen.

- Wovon profitiert die deutsche Wirtschaft in Hinblick auf die Europäische Integration?

Möglichkeit zu exportieren
82 %

Möglichkeit, im Ausland Fachkräfte anzuwerben
47 %

Möglichkeit, im Ausland zu produzieren
44 %

geringere bürokratische Hürden
35 %

Möglichkeit zu importieren
33 %

höhere Rechtssicherheit
31 %

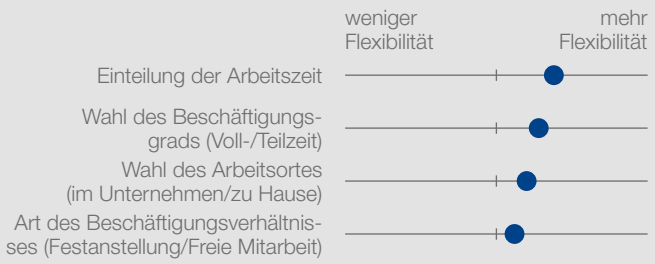
geringeres finanzielles Risiko
14 %

BERUF UND FAMILIE

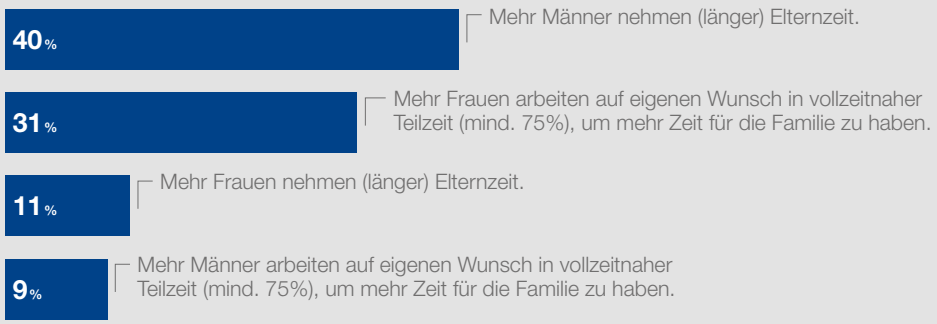
Worum es geht:

Wer Kinder zu versorgen oder Angehörige zu pflegen hat, ist auf eine familienfreundliche Arbeitswelt angewiesen. Wir stehen als junge Wirtschaft für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu brauchen wir eine gute Infrastruktur und eine Arbeitswelt, die von Flexibilität, Eigeninitiative und Vertrauen geprägt ist. Einseitige Belastungen von Unternehmern tragen indes nicht zur Flexibilisierung der Arbeitswelt bei, sondern schaden am Ende allen – Unternehmen und Beschäftigten.

▶ Inwieweit zeichnet sich in Ihrem Unternehmen eine Entwicklung hinsichtlich der Möglichkeit der Mitarbeiter ab, ihre Arbeit selbstbestimmt zu gestalten?



▶ Welche der nachfolgenden Entwicklungen zeichnen sich in Ihrem Unternehmen hinsichtlich einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ab?



BERUF UND FAMILIE

Was wir fordern:

- Wir fordern die **Abschaffung des Ehegattensplittings sowie der beitragslosen Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung**. Mit den so freigewordenen Mitteln sollte stattdessen die Betreuungsinfrastruktur für Kleinkinder und Schüler weiter ausgebaut werden. Dabei geht es nicht nur um bauliche Maßnahmen zur Schaffung von Betreuungsplätzen, sondern auch um den Ausbau eines entwicklungsgerechten Angebots wie zum Beispiel in der Sprach- und Sportförderung.
- Wir setzen uns für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein und wollen, dass Eltern die berufliche Anbindung nicht verloren geht. Als junge Wirtschaft haben wir aber auch die deutliche Belastung, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, durch die Rechtsansprüche bei der Elternzeit im Blick. Insgesamt sollte die **Elternzeit auf maximal zwei Jahre begrenzt werden, die ausschließlich am Stück und in den ersten zwei Lebensjahren des Kindes genutzt werden kann**. Bei Antrag der Eltern sollte eine Übertragbarkeit der Elternzeit auf die Großeltern möglich sein.
- **Wir warnen davor, einen Rechtsanspruch auf die Rückkehr von einer Teilzeit- zu einer Vollzeittätigkeit zu schaffen**. Wichtiger ist aus unserer Sicht, eine Teilzeittätigkeit nicht mehr mit dem Begriff „Karrierebremse“ in ein schlechtes Licht zu rücken, sondern auch in der öffentlichen Diskussion darauf zu achten, dass Teilzeit die gleiche Wertschätzung erhält wie eine Vollzeit-Beschäftigung.
- Wir wollen, dass Menschen mit Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige eine Vielzahl von Angeboten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Anspruch nehmen können. Dazu gehören auch Dienstleistungsangebote der Privatwirtschaft. Als junge Wirtschaft fordern wir, die **steuerliche Absetzbarkeit von Kosten für Betreuung sowie Unterstützung im Haushalt zu verbessern**. Betreuungskosten können zwar schon heute geltend gemacht werden, aber nur anteilig und bis zu Höchstbeträgen. Mit der attraktiveren Ausgestaltung der Absetzbarkeit von Betreuungskosten erhalten Beschäftigte mit familiärer Verantwortung mehr Flexibilität für die Überbrückung von Versorgungslücken.

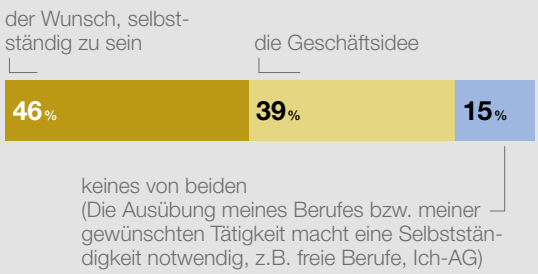
UNTERNEHMENSGRÜNDUNG UND NACHFOLGE

Worum es geht:

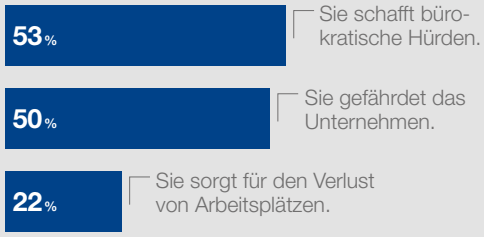
Zu viele junge Menschen streben im öffentlichen Dienst oder in Konzernzentralen eine Karriere an. Sie wissen nichts von unternehmerischer Freiheit. Bei dem Unternehmerbild in unserer Gesellschaft ist das keine überraschende Entwicklung, denn oft beschreibt es Unternehmer als bloße Gewinnmaximierer. Wir als Wirtschaftsjunioren Deutschland stehen für etwas anderes. Wir stehen für verantwortungsvolles Unternehmertum und die Tradition des ehrbaren Kaufmanns.

▶ Wie hoch war der Kapitalbedarf für die Gründung?

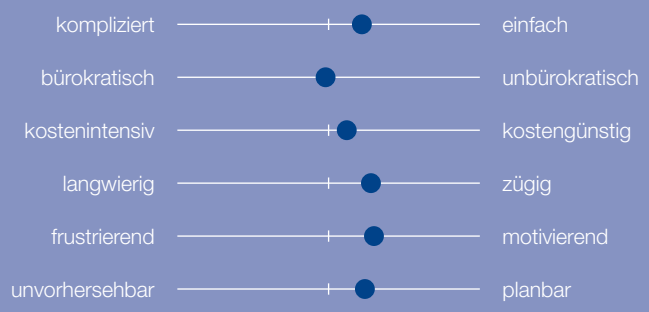
▶ Was war zuerst da?



▶ Wie wirkt sich die Erbschaftssteuer auf die Unternehmensnachfolge aus?



▶ Wie haben Sie die Gründung Ihres (letzten) Unternehmens erlebt?



▶ Für wie geeignet halten Sie Wirtschaft als Unterrichtsfach ab der 8. Klasse, um den Anforderungen einer globalen Wirtschaft gerecht zu werden?

Was wir fordern:

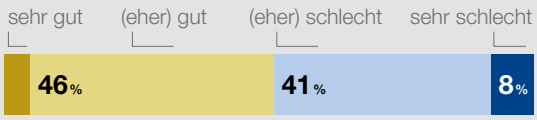
- Wir wünschen uns, dass mehr Menschen in unserem Land Unternehmer werden. Dafür muss Deutschland für mehr Gründergeist werben – vor allem in Schulen und Hochschulen. Wir brauchen ein **eigenständiges Schulfach Wirtschaft**, in dem das Thema Unternehmertum eine zentrale Rolle spielt. Schüler sollten lernen, wie aus einer Geschäftsidee ein Businessplan und schließlich ein Unternehmen wird. Wir fordern die Politik auf, im Schulterschluss mit der Wirtschaft ein eigenständiges Curriculum ökonomischer Bildung zu entwickeln. Mit den mit der Wirtschaft erarbeiteten Standards für ökonomische Bildung gibt es hierfür bereits eine gute Grundlage. Darüber hinaus setzen wir uns für einen besseren **Austausch zwischen Schulen, Hochschulen und Wirtschaft** ein.
- Gewerbeamt, Finanzamt, Berufsgenossenschaft, Amtsgericht, Gewerbeaufsichtsamt: Wer ein Unternehmen gründen will, hat eine lange To-do-Liste. Dabei sollte aber gerade in der Gründungsphase die Umsetzung der Geschäftsidee im Mittelpunkt stehen. Als junge Wirtschaft fordern wir, dass Gründer **alle Informationen aus einer Hand** bekommen. Dabei müssen Online-Möglichkeiten weiter ausgebaut werden. Die IHK-Organisation ist dabei erster Ansprechpartner und sollte überall in Deutschland Gewerbeanzeigen rechtsgültig bearbeiten dürfen.
- Nach der Gründung stehen Unternehmer unter enormem Druck und sollten in dieser Phase so wenig wie möglich durch unnötige Bürokratie belastet werden. Insbesondere im Steuerrecht sollten Verfahren vereinfacht werden. So sollten **Existenzgründer von der Pflicht zur monatlichen Umsatzsteuervoranmeldung befreit** werden und **Kleinunternehmer ihren Überschuss grundsätzlich formlos** ermitteln dürfen.
- Eine Vielzahl von Unternehmen in Deutschland soll in den kommenden Jahren der nächsten Generation übergeben werden. Eine Erbschaftsteuer für Betriebe gefährdet diese Firmenübergabe und damit auch Arbeitsplätze. Als Vertreter der jungen Wirtschaft **lehnen wir daher die Reform der Erbschaftsteuer ab und fordern ihre vollständige Abschaffung**.

INNOVATIONEN

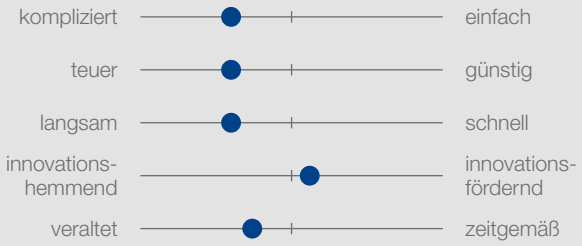
Worum es geht:

Damit Deutschland im internationalen Wettbewerb um die besten Ideen auch weiterhin erfolgreich ist, brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen fehlen in Deutschland oft die Voraussetzungen für Forschung und Entwicklung. Hier muss Deutschland gegensteuern und mehr in die Innovationskraft der Unternehmen investieren.

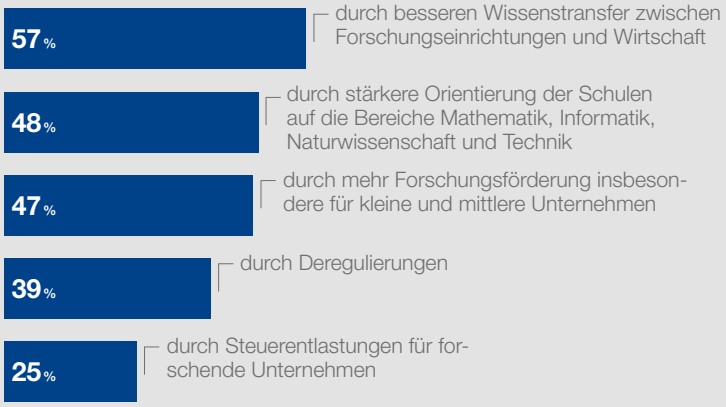
Wie gut sehen Sie Ihr Unternehmen gegen Wirtschaftsspionage gewappnet?



Wie schätzen Sie das deutsche Patentwesen ein?



Wie könnte die Innovationskraft Deutschlands gestärkt werden?



Was wir fordern:

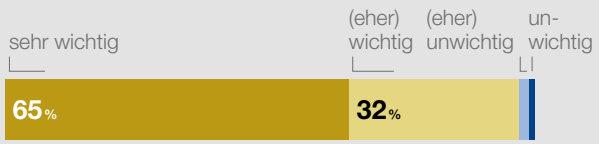
- Die Zukunftsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen sind in den letzten Jahren deutlich gekürzt worden. Der Anteil öffentlicher Investitionen an der Jahreswirtschaftsleistung liegt bei nur noch 1,5 Prozent. Das ist deutlich weniger als in vielen anderen EU-Ländern und zu wenig für Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Als junge Wirtschaft sehen wir in der Investitionsschwäche eine der größten Gefahren für den Wirtschaftsstandort Deutschland und fordern daher **mehr staatliche Investitionen in innovative Forschung und Entwicklung**.
- Eine **steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung** ist neben der bewährten themenoffenen Projektförderung gerade für kleine und mittlere Unternehmen sowie den Mittelstand sinnvoll. Dadurch bliebe den Unternehmen die Wahl der Forschungsthemen überlassen und eine Bevorzugung einzelner Branchen wäre ausgeschlossen. Mittelfristig würde von dieser unbürokratischen Maßnahme auch der Staatshaushalt durch höhere Steuereinnahmen profitieren.
- Die Kosten einer Patentanmeldung sind zu hoch und übersteigen oft die Möglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen. Auch dauern die Verfahren bis zur Erteilung des Patents zu lange und verzögern die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Innovationen. Zudem sollten Patentanmeldungen unkomplizierter werden. Als junge Wirtschaft fordern wir sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene ein **kostengünstiges, schnelles und unkompliziertes Patentwesen**.
- Als junge Wirtschaft fordern wir die **Neuordnung des Urheberrechts**, denn es wird den Anforderungen der Digitalisierung nicht mehr gerecht. Angesichts des hohen Innovationstempos in der Digitalwirtschaft muss der Gesetzgeber immer häufiger neue Nutzungsformen berücksichtigen. Hier ist mehr rechtliche Flexibilität gefragt. Eine technologieneutrale Gestaltung des Urheberrechts würde den rechtlichen Freiraum für die schnelle Einbindung neuer Anwendungen schaffen.
- Angriffe aus dem Cyberspace auf deutsche Unternehmen gilt es abzuwehren. Für kleine und mittlere Unternehmen ist es eine Herausforderung, Innovationen vor Wirtschaftsspionage zu schützen. Hier fordern wir Bund und Länder auf, **konkrete Beratungsangebote zum Schutz von Unternehmensdaten** zu schaffen. Wir fordern außerdem eine nationale Strategie für den Wirtschaftsschutz sowie eine konsequente Bekämpfung der IT-Kriminalität.
- Ziel bei der Energiewende muss sein, die Vorreiterrolle Deutschlands zu nutzen, um die **Marktführerschaft der deutschen Wirtschaft bei erneuerbaren Energien zu erhalten** und zu stärken. So müssen Innovationen beim Ausbau von intelligenten Netzen, Speichertechniken und neuen Kraftwerken sowie bei der Steigerung von Energieeffizienz unterstützt und gefördert werden.

DIGITALISIERUNG

Worum es geht:

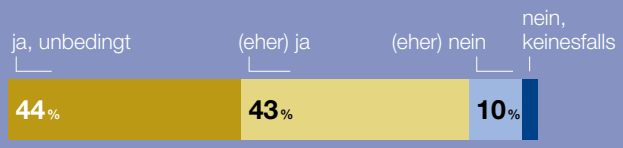
Der digitale Wandel erfasst mittlerweile die gesamte deutsche Wirtschaft. In 94 Prozent aller Unternehmen werden Geschäfts- und Arbeitsprozesse von der Digitalisierung beeinflusst. Wo sich bei manchen Unternehmen die Digitalisierung noch auf die EDV beschränkt, kommunizieren in vielen Produktionshallen bereits die Maschinen miteinander, teilen sich gegenseitig Kapazitäten mit und planen gemeinsam die anstehenden Prozesse. Für die junge Wirtschaft steht fest: Die Digitalisierung entscheidet die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

▶ Wie wichtig ist die Digitalisierung der Wirtschaft für den Standort Deutschland?



▶ Wie groß ist der Beitrag folgender Maßnahmen zur Stärkung der Digitalisierung der deutschen Wirtschaft?

▶ Befürworten Sie eine gesetzliche Regelung zur Gewährleistung der Netzneutralität?



Was wir fordern:

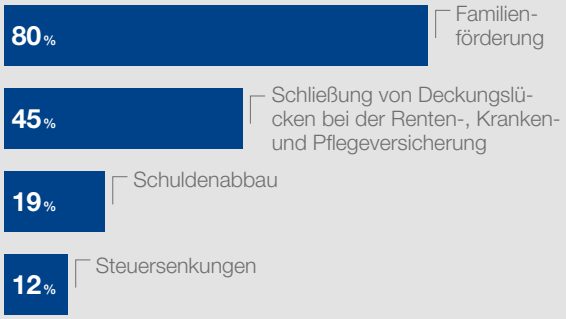
- Für uns als junge Wirtschaft ist **Netzneutralität** die Grundvoraussetzung für eine wachsende Digitalwirtschaft. Die Entwicklung innovativer Dienste würde behindert werden, wenn Netzbetreiber „Überholspuren“ für bestimmte Daten einrichten würden. Es ist Aufgabe der Politik sicherzustellen, dass Netzbetreiber alle Datenpakete gleichberechtigt durch ihre Leitungen schicken – unabhängig davon, woher diese stammen oder welchen Inhalt sie haben.
- Der Breitbandausbau geht voran. Aber es gibt noch immer viele Regionen ohne schnelles Internet, in denen sich der Datenstrom durch altertümliche Kupferkabel quält. Dabei sinkt die Übertragungsrate mit jedem Meter. Wir fordern einen **engagierteren Breitbandausbau**, denn leistungsfähige digitale Infrastrukturen sind schon heute eine Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg.
- Die Digitalwirtschaft ist auf qualifizierte Betriebswirte angewiesen, die sich bereits im Studium einschlägiges Fachwissen angeeignet haben. Als junge Wirtschaft fordern wir die **stärkere Berücksichtigung der Digitalökonomie im BWL-Studium**. Die Curricula der Hochschulen sollten Lerninhalte wie die Analyse, die Entwicklung und das Management von digitalisierten Geschäftsmodellen beinhalten.
- Die vierte industrielle Revolution hat begonnen und verändert unsere Wirtschaft. Aber zu wenige Unternehmen haben entsprechende Digitalprojekte schon umgesetzt oder in Planung. Wir begrüßen den Einsatz der Bundesregierung bei der Sensibilisierung der deutschen Wirtschaft für das **Thema Industrie 4.0**, fordern aber **auf europäischer Ebene eine gemeinsame Rechtsentwicklung** bei der Datensicherheit und beim Haftungsrecht, um die digitale Vernetzung der Industrieproduktion weiter voranzutreiben.
- Je stärker die Wirtschaft digitalisiert wird, desto wichtiger wird der verantwortungsvolle Umgang mit personenbezogenen Daten. Insofern schützen die neuen Datenschutzregeln der EU die Rechte der Verbraucher, erschweren aber Analysen von Big Data. Die EU hat die Chance verpasst, Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Big Data zu schaffen, die dem Schutz persönlicher Daten nicht entgegenstehen. Als junge Wirtschaft fordern wir **Anpassungen der EU-Datenschutz-Verordnung, die Analysen von Big Data möglich macht, ohne die Privatsphäre zu verletzen**.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

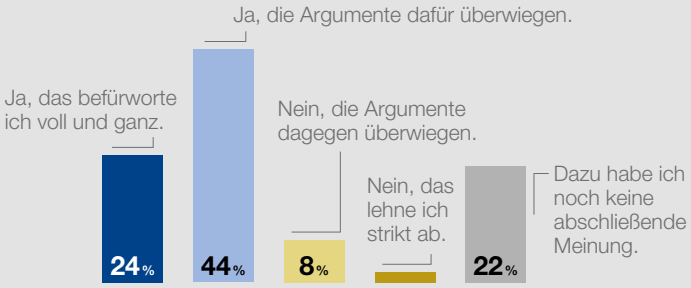
Worum es geht:

Die Menschen in Deutschland werden weniger, die Gesellschaft immer älter. Mit dem demografischen Wandel verschieben sich die Gewichte in unserer Gesellschaft und die Herausforderungen an eine gerechte Verteilung von Pflichten und Ansprüchen nehmen zu. Wir müssen uns die Frage stellen, welche neuen Instrumente wir brauchen, um Entscheidungen zu treffen, die von der jungen Generation mitgetragen werden. Wenn es zum Beispiel darum geht, Sozialversicherungssysteme zu reformieren und Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens anzupassen, dann müssen Politiker junge Menschen fragen, was das konkret für sie bedeutet.

▶ Wofür könnten die Einnahmen aus dem „Generationenausgleich“ für Kinderlose genutzt werden?

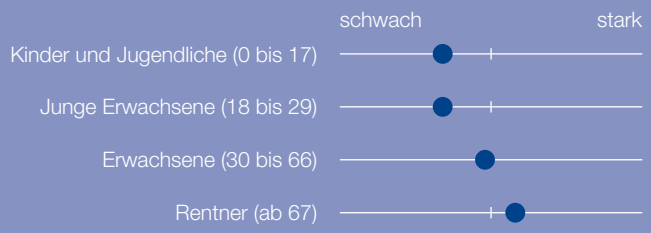


▶ Seit 2009 gibt es in Deutschland die sogenannte Schuldenbremse. Befürworten Sie einen darüber hinaus gehenden verbindlichen Schuldentilgungsplan?



GENERATIONENGERECHTIGKEIT

▶ Wie stark nimmt die Politik auf die Bedürfnisse der verschiedenen Generationen Rücksicht?



Was wir fordern:

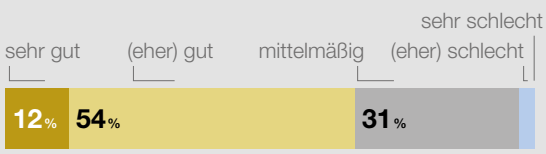
- Der **verbindliche Demografie-Check** ist ein wichtiger Schritt, um generationengerechtes Handeln in der Politik zu fördern. Gesetze, die einseitig junge Menschen belasten, müssen verhindert und nicht nur erkannt werden. Zudem halten wir als Vertreter der jungen Generation auch weiterhin an dem Ziel fest, **Generationengerechtigkeit als Staatsziel** im Grundgesetz zu verankern. Wegen des zunehmend geringer werdenden Anteils junger Menschen an der Gesamtbevölkerung, verdienen deren Interessen besonderen Schutz.
- Als junge Wirtschaft fordern wir, die Rentenversicherung zukunftssicher zu machen, denn mit dem zunehmenden demografischen Wandel gerät das Verhältnis zwischen beitragszahlenden Erwerbspersonen auf der einen und Rentnern auf der anderen Seite immer weiter aus dem Gleichgewicht. Ein zukunftssicheres Rentensystem muss Anreize setzen, die das **Arbeiten im Alter attraktiv machen**. Auch sollte ein **flexibler Übergang in die Rente** möglich sein. Die **Rente mit 63 für langjährige Beitragszahler lehnen wir ab**, denn sie geht zu Lasten der jungen Generation. Wir fordern ihre Abschaffung.
- Der demografische Wandel in Verbindung mit einer erhöhten Lebenserwartung setzt das Gesundheitssystem unter enormen Kostendruck. Ebenso wie bei der Rentenversicherung gehen auch beim Gesundheitssystem die Deckungslücken einseitig zu Lasten der jungen Generation. Im Sinne einer generationengerechten Lastenverteilung fordern wir die Einführung eines **Generationenausgleichs**, mit dem Kinderlose einen größeren finanziellen Beitrag zu Deckungslücken in Renten-, Kranken- und Pflegekasse leisten. Nur so können künftige Generationen den Generationenvertrag noch erfüllen.
- Der Solidaritätszuschlag ist eine Ergänzungsabgabe für die Kosten der Deutschen Einheit und läuft mit dem Ende des Solidarpaktes II im Jahr 2019 aus. Wir erinnern die große Koalition an ihr Versprechen, auf Steuererhöhungen zu verzichten und **lehnen die Weiterführung des Solidaritätszuschlags ab**. Denn im Ergebnis wäre die Verlängerung einer auslaufenden Abgabe gleichbedeutend mit der Einführung einer Steuer.

FAIRE BILDUNGSCHANCEN

Worum es geht:

In Deutschland ist die soziale und wirtschaftliche Lage der Eltern zu oft ausschlaggebend für den Bildungserfolg der Kinder. Dabei kann gerade für Jugendliche aus benachteiligten Familien Bildung der Schlüssel zu einer selbstbestimmten und erfolgreichen Zukunft sein. Wir wollen, dass jeder unabhängig von seiner Herkunft Zugang zu guter Bildung hat, eigene Begabungen entfalten und die Zukunft selbst in die Hand nehmen kann.

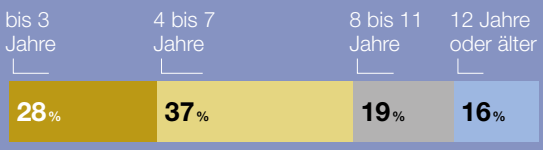
▶ Wie bewerten Sie das Bildungssystem als Standortfaktor in Deutschland?



▶ Wie bewerten Sie die Attraktivität folgender Bildungswege hinsichtlich der Anforderungen Ihres Unternehmens an theoretische und praktische Fähigkeiten der Absolventen?

▶ Für wie geeignet halten Sie Sprachförderungsmaßnahmen, um den Anforderungen einer globalen Wirtschaft gerecht zu werden?

▶ Ab welchem Alter sollten Kinder gezielt gefördert werden?



Was wir fordern:

- Jedes Kind muss die Chance auf eine gute Bildung bekommen – unabhängig von den Möglichkeiten der Eltern. Deshalb brauchen wir Kitas, die **frühkindliches Lernen fördern**, ein **Pflicht-Vorschuljahr**, das auf den Übergang in die Grundschule vorbereitet, **verpflichtende Angebote für Kinder mit Förderbedarf**, wie zum Beispiel zusätzlichen Sprachunterricht sowie **flächendeckend Ganztagsschulen**, in denen Kinder und Jugendliche auch am Nachmittag Unterstützung bekommen.
- Jeder kann in Deutschland kostenfrei und unabhängig vom Einkommen der Eltern studieren. Im Gegensatz dazu werden Kinder von frühkindlicher Bildung ausgeschlossen, wenn deren Eltern die Kindergartengebühren nicht finanzieren können. Als Vertreter der jungen Generation fordern wir, dass auch der Besuch von Kitas und damit der Zugang zu frühkindlicher Bildung in ganz Deutschland kostenlos ist. Nur mit **kostenfreien Kitas** haben alle Kinder die gleichen Bildungschancen.
- **Schulabschlüsse müssen vergleichbar sein**, um Transparenz und Mobilität zu gewährleisten. Deutschlandweit einheitliche Rahmenbedingungen helfen Unternehmen, das Wissen potentieller Auszubildender und Beschäftigter zuverlässig einzuschätzen. Wir fordern deshalb, dass die Lernziele einzelner Schulabschnitte sowie die Prüfungsinhalte vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur bundeseinheitlich angeglichen werden. Bei der Erreichung der festgelegten Ziele sollte den einzelnen Schulen ein großer Gestaltungsspielraum eingeräumt werden, denn nur sie kennen die Situation vor Ort.
- Daneben benötigen Schulen präventive Instrumente zur Einbindung von Eltern bei der Einhaltung der Schulpflicht, wie zum Beispiel **Elternverträge**. Mit diesen werden Regeln wie ordentliche Kleidung, ein Frühstück am Morgen, ein regelmäßiger Blick ins Elternheft klar beschrieben und von beiden Seiten unterzeichnet. In Modellschulen werden Elternverträge bereits in nicht rechtsverbindlicher Form abgeschlossen. Schulen mit entsprechenden Bedarfen sollten Elternverträge in rechtsverbindlicher Form abschließen können.
- Um leistungsschwache Jugendliche zu unterstützen, müssen pädagogische Angebote und das Engagement von Unternehmern ineinandergreifen. Nur so wird sichergestellt, dass **Jugendliche nicht am Arbeitsmarkt vorbei qualifiziert** werden. Insbesondere müssen Qualifizierungsmaßnahmen so nah wie möglich am unternehmerischen Alltag sein, Einstiegsqualifizierungen müssen Vorrang vor schulischen Maßnahmen haben und Betriebspraktika für nicht ausbildungsreife Jugendliche müssen auch außerhalb des Mindestlohngesetzes möglich sein.

JCI Germany

DIE **JUNGE WIRTSCHAFT** AUF ALLEN KANÄLEN

www.wjd.de

www.twitter.com/ WJDeutschland

www.facebook.com/ Wirtschaftsjunioren

www.youtube.com/ WJDlive

www.flickr.com/ wirtschaftsjunioren

Herausgeber:
Wirtschaftsjunioren Deutschland
Verantwortlich: Melanie Vogelbach, Thomas Usslepp
Breite Straße 29
10178 Berlin
Telefon: 030/203 08 15 15
Fax: 030/203 08 15 22
E-Mail: wjd@wjd.de
Internet: http://www.wjd.de/

Bildnachweise:
Depositphotos (S. 8/9, S. 14/15, S. 16/17, S. 18/19, S. 22/23, S. 26/27, S. 28/29), iStockphoto (S. 20/21), Shutterstock (S. 6/7, S. 10/11, S. 24/25), WJD/Nils Hasenau (S. 3), WJD/Thomas Imo (S. 1)

Geodaten © evalux, OpenStreetMap und Mitwirkende, CC-BY-SA

Durchführung der Befragung und Gestaltung der Broschüre:
evalux – Evaluation. Forschung. Beratung.
Beteiligte: Andreas Kröll, Björn M. Neuhaus, Stefan Siegel, Michael Traub

Liebenwalder Straße 2
13347 Berlin
Telefon: 030/692 050 77-0
Fax: 030/692 050 77-9
E-Mail: info@evalux.net
Internet: http://www.evalux.net/

Erhebungszeitraum: Dezember 2015
Stand: März 2016